

men über Westberlin gelegt worden waren.

Seit Helsinki ist eine in der Geschichte kurze Zeitspanne vergangen. Aber sie ist dennoch ausreichend, um die nachhaltigen Wirkungen ermessen und ablesen zu können, die von ihr für die weitere Normalisierung und friedliche Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten in Europa und darüber hinaus ausgegangen sind.

Ebenso wie die DDR, die seit 1975 mit westlichen Teilnehmerstaaten der KSZE über 140 Verträge und Abkommen abgeschlossen hat, setzten sich die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft für den Ausbau und die Vertiefung der politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zu diesen Staaten ein.

Die Früchte dieser Zusammenarbeit reichen allen Beteiligten zum Vorteil. Sie sind ein recht solides und stabiles Fundament europäischer Sicherheit, das nicht so ohne weiteres von entspannungsfeindlichen

Kräften unterhöhlt und gar beseitigt werden kann, wenn auch ihre Versuche nicht nachlassen, sondern jüngst sogar zunehmen, um das Gebäude der Entspannung zum Einstürzen zu bringen.

Den Fortschritten und für jeden sichtbaren Ergebnissen des europäischen Entspannungsprozesses steht entgegen, daß manches noch nicht erreicht wurde, worauf hinzuwirken sich die Teilnehmerstaaten der KSZE geeinigt hatten. Das betrifft vor allem den Bereich der militärischen Entspannung. Hier ist es nicht gelungen, wirksame Maßnahmen zu erreichen und durchzusetzen, obwohl von den sozialistischen Staaten nicht wenig getan wurde, um diesem Ziel einen Schritt näherzukommen. Es ist der unabdingbare Standpunkt der sozialistischen Staaten: Um den Frieden in der Welt zur natürlichen Lebensform werden zu lassen, bedarf es vor allem des Verzichts der Anwendung und Androhung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

### Für Einstellung des Wettrüstens und Abrüstung

Diesen Grundsatz mit Konsequenz durchzusetzen, der ebenso wie andere Völkerrechtsprinzipien in der Schlußakte von Helsinki fest verankert ist, erfordert, die Mittel der Gewaltanwendung und -androhung einzuschränken und letztlich ganz und gar zu beseitigen. Der radikalste Weg dahin, das sicherste Mittel, künftig Kriege auszuschließen, wäre die allgemeine und vollständige Abrüstung. Diesbezügliche Vorschläge der sozialistischen Staaten scheiterten am Widerstand derjenigen Kräfte imperialistischer Staaten, die im militärisch-industriellen Komplex zusammengeschlossen sind.

Mehrfach erklärten die sozialistischen Staaten, daß die politi-

sche Entspannung, soll sie dauerhaft sein und unumkehrbar gemacht werden, der Ergänzung durch die militärische bedarf. Insbesondere in der für das Schicksal der Menschheit so wichtigen Frage wie der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung offenbart sich in aller Deutlichkeit und Klarheit die prinzipienfeste und konstruktive Haltung und Friedenspolitik der sozialistischen Gemeinschaft. Immer wieder zeigte sie ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung jeder beliebigen Waffenart, mit der einzigen Bedingung, daß das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit gewahrt und strikt eingehalten wird.

Sie unterbreitete den Entwurf

eines Nicht angriffs Vertrages zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Vertrages, der die Anwendung nuklearer und konventioneller Waffen verbieten würde. Die Sowjetunion ging im Einvernehmen mit ihren Verbündeten sogar so weit, ohne dazu verpflichtet zu sein oder eine entsprechende Gegenleistung zu fordern, den Abzug von 2000 Mann ihrer Streitkräfte, 1000 Panzern und anderem militärischem Gerät vom Territorium der DDR zu verkünden und schrittweise in die Tat umzusetzen.

Seit 1975 wurden von der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages über 20 Vorschläge unterbreitet, die auf die Beschränkung und Reduzierung der materiellen Mittel der Kriegführung und die Festigung der internationalen Sicherheit gerichtet sind. Hinzu kommen die Angebote und Initiativen, die geeignet waren und sind, bei den Wiener Verhandlungen über eine Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa erste Ergebnisse zu erzielen.

Wenn bisher keiner dieser Vorschläge verwirklicht werden konnte, wenn im Gegenteil sogar der Prozeß der weiteren Anhäufung von Waffen bisher unbekannte Ausmaße angenommen hat und immer weiter vorangetrieben wird, dann gibt es dafür einen einzigen Grund. Er liegt in dem unverantwortlichen Handeln derjenigen imperialistischen Kreise, die mittels forcierter Hochrüstung und insbesondere mit dem NATO-Raketenbeschluß vom Dezember militärische Überlegenheit über den Sozialismus anstreben und dem militärischen Faktor noch immer eine alles überragende Bedeutung bei der Durchsetzung ihrer außenpolitischen Ziele beimessen. Eine solche Politik hat sich in der Vergangenheit als nicht trag-